



## Bürgerbeteiligung für ein ‚Blaues Berlin‘

### Vorschlag zur Förderung einer gemeinwohlorientierten Wasserbewirtschaftung

Nach dem vom Berliner Wassertisch initiierten Wasser-Volksentscheid 2011 sind die Berliner Wasserbetriebe (BWB) rekommunalisiert worden. Diese Rückgabe in öffentliche Hand allein garantiert jedoch keineswegs eine hinreichende Orientierung am Gemeinwohl, das heißt, an demokratischen Standards, ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft. Die Berliner Wasserwirtschaft muss eingebettet sein in eine nachhaltige Umweltpolitik. Berlin könnte und sollte ein Beispiel werden für eine vorbildliche Trink- und Abwasserwirtschaft ebenso wie für eine Metropole mit besonders sauberen Flüssen, Seen und Kanälen (Badequalität in allen Gewässern). Diese Vision eines „**Blauen Berlin**“ ist keineswegs eine realitätsferne Utopie, denn Berlin hat mit seinem Wasserreichtum dafür beste natürliche Voraussetzungen und die technischen Möglichkeiten sind in vertretbarem finanziellen Rahmen realisierbar.

Aber es braucht dazu einen **klaren politischen Willen** und mehr denn je eine **direkte und kontinuierliche Mitwirkung der Berlinerinnen und Berliner**. Nach den negativen Erfahrungen in der Zeit der Teilprivatisierung, die ja auch von den gewählten Volksvertretern fast aller Parteien im Nachhinein kritisiert wurden, wächst in der Öffentlichkeit die Erkenntnis und das Interesse daran, dass Gemeinwohlorientierung und ökologischer Fortschritt durch direkte Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen sichergestellt werden muss. Damit diese Ziele endlich auf den Weg gebracht werden und in den zeitlichen Horizont der vor uns liegenden Legislaturperiode rücken, wenden wir uns daher im Rahmen der Koalitionsverhandlungen an die beteiligten Parteien mit der Forderung, die Berliner Wasserpolitik an den genannten Zielen auszurichten und dafür die direkte Mitwirkung von Berliner Bürgerinnen und Bürgern zu institutionalisieren. Mit der von uns vorgeschlagenen Umwelt- und Wasserpolitik in Berlin würde auch der von der EU vorgegebene Wasser-Rahmenrichtlinie Rechnung getragen werden.

Unter diesen Gesichtspunkten hat der Berliner Wassertisch eine **Berliner Wassercharta** entwickelt mit folgenden **Eckpunkten**:

1. Die BWB müssen zu **100% direktes Eigentum des Landes Berlin** sein und bleiben, eine erneute Privatisierung oder Teilprivatisierung gleich welcher Form wird ausgeschlossen. Beteiligungen privatwirtschaftlicher Akteure an der BWB sind ebenfalls ausgeschlossen.
2. Statt Einbettung in unkontrollierbare Unternehmensgeflechte erhalten die BWB eine **einfache und übersichtliche Struktur**
3. Durch entsprechende Tarifgestaltung wird die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Wasserdienstleistungen zu **erschwinglichen Preisen** für alle Nutzer sichergestellt. Ausschlüsse vom Zugang darf es nicht geben.
4. Die Wirtschafts- und Betriebsführung der BWB und der die BWB steuernden Senatsverwaltung verfolgt einen **nachhaltigen ökologischen Umgang** mit der Ressource Wasser. Die BWB fördern einen bestmöglichen Natur- und Ressourcenschutz insgesamt.

5. Die **Wasserqualität der Seen, Flüsse und Kanäle** in Berlin wird wesentlich verbessert. Die Schadstoffbelastung des Grundwassers wird deutlich verringert, gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung werden minimiert.
6. Gute Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Beschäftigten sind unerlässliche Voraussetzung für ein am Gemeinwohl orientiertes Unternehmen.

Für die Gestaltung der direkten und kontinuierlichen Mitwirkung von Berliner Bürgerinnen und Bürgern gelten die **Leitprinzipien**:

1. In der Wirtschafts- und Betriebsführung der BWB sowie der auf die BWB Einfluss nehmenden Maßnahmen des Senats muss es größtmögliche **Transparenz** geben.
2. Die Berliner Bürgerinnen und Bürger erhalten **Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte** in Bezug auf die BWB und die Berliner Wasserbewirtschaftung insgesamt.
3. Es werden geeignete Organe der Bürgerbeteiligung etabliert. (Dazu legt der Berliner Wassertisch einen detaillierten Plan vor.)

Es ist offensichtlich, dass die Berlinerinnen und Berliner mehr direkte politische Partizipation verlangen. Zunehmende Politik-Verdrossenheit bei gleichzeitig wachsendem Engagement der Bürger für Politik sind Kennzeichen der Lage. Eine Volkspartei wird zukünftig diese Tendenzen berücksichtigen müssen, wenn sie politisch erfolgreich sein und den Einfluss populistischer Kräfte gering halten will. Die geforderte Mitwirkung der Berlinerinnen und Berliner entspricht dieser Gemengelage und fördert eine lebendige, kreative und rationale Beteiligung der Bürger an der Bewirtschaftung des lebenswichtigen Gemeingutes Wasser und einen von allen Seiten verantwortlichen Umgang damit. Damit kann Berlin wie Paris und andere Hauptstädte in und außerhalb Europas zu einer „Blue Community“ werden. Wichtig ist: eine Politik des bloßen ‚Gehört-werden‘ reicht auf Dauer nicht aus, um die Bürgerinnen und Bürger zufrieden zu stellen, notwendig sind direkte Mitwirkung und Mitentscheidung, und wer es ernst meint mit der Bürgerbeteiligung, muss einen beherzten und zielstrebigem Schritt in diese Richtung unternehmen.

**Dazu möchten wir mit Ihnen in einen Diskussionsprozess eintreten. Die Beteiligung der Berliner Bürgerinnen und Bürger und mit ihr die Umwelt- und insbesondere die Wasserpolitik in Berlin müssen in der nächsten Legislaturperiode einen neuen Stellenwert erhalten.**

[www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)